

«Eine Hodler-Ausstellung wäre schon interessant.»

«Da können Sie auf mich zählen.»



FDP gegen SVP,
Manager gegen
Unternehmer,
verhinderter
Hotelier gegen
verhinderten
Knecht: *Walter
Kielholz* trifft
Christoph Blocher.



Sie gelten als Feinde. Als Alphetiere, die seit Jahrzehnten ihre gegenseitige Abneigung pflegen. Walter Kielholz warf Christoph Blocher vor, aus der SVP eine «rechtsbürgerliche Kampfpartei» gemacht zu haben. Blocher sagte im vergangenen Jahr der «Weltwoche»: «Die NZZ ist zurzeit das Sprachrohr gegen die selbstbewusste Schweiz. Die treibenden Kräfte findet man im Epizentrum der Credit Suisse und deren Umgebung.» Damit meinte er Kielholz. Nun treffen sich die beiden Herren im getäfelten Komiteezimmer der «Neuen Zürcher Zeitung» zu ihrem ersten Doppelinterview. Christoph Blocher ist mit dem Zug gekommen, Walter Kielholz zu Fuss. Sie sprechen über die EU, das institutionelle Abkommen, die eigene Herkunft, die Migros und ignorante ausländische Manager. Nach über zwei Stunden wird klar: Die alten Kontrahenten haben mehr gemeinsam, als ihnen lieb sein kann.

Wann sind Sie sich zum ersten Mal begegnet?

Christoph Blocher: Keine Ahnung. Es scheint kein bleibendes Ereignis gewesen zu sein.

Walter Kielholz: Ich weiss es noch. Das war nach der Abstimmung über die Bilateralen I vor 20 Jahren bei einer Tagung in Vevey bei Nestlé.

Sie gelten als Antipoden: Walter Kielholz, Manager, graue Eminenz der FDP, Ex-Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse und Freund der EU. Christoph Blocher, Unternehmer, SVP-Patron, Ex-UBS-Verwaltungsrat und EU-Gegner. Wie stehen Sie zueinander?

Kielholz: Diese Ambivalenz ist jetzt etwas konstruiert. Ich bin übrigens nicht sicher, wie stark Herr Blocher wirklich Teil des UBS-Netzwerks war.

Blocher: Also rückblickend betrachtet, war ich der einzige, der sich für die Bank eingesetzt hat!

Kielholz: Aber es hat schon etwas: Ich stamme aus dem FDP-Milieu, und dazu gehörte in der Stadt Zürich auch die Nähe zur CS, die damals noch Kreditanstalt hiess. CS, Swiss Life, Zürich-Versicherung, Rück – alles ein einziger Haufen. Dagegen ist Herr Blocher dann auch mit Vehemenz angetreten.

Sie meinen seinen Kampf gegen den Filz.

Kielholz: Damals sagte man Filz. Ich würde es eher als Macht-Cluster bezeichnen. Die UBS, damals noch die Bankgesellschaft (SBG), war anders. Sie war nicht erzprotestantisch wie die CS und hat ihre Wurzeln auch nicht in der Stadt Zürich, sondern in Winterthur. Zudem galt sie als Bank des Mittelstands, während die CS diejenige des Grosskapitals war.

Blocher: Ich wurde von der SBG angegangen, weil die Bank junge Unternehmer aus der Industrie im Verwaltungsrat wollte. Ob Bankgesellschaft oder CS war für mich Hans was Heiri. Aber parteipolitisch gibt es heute tatsächlich beachtliche Differenzen zwischen SVP und FDP. Als ich 1969 nach Meilen zog, gehörte ich noch keiner Partei an. Dann wehrte ich mich in der Gemeindeversammlung gegen ein grosskotziges Projekt der Alusuisse. Danach kamen Vertreter der SVP, der FDP und der CVP auf mich zu, ob ich nicht bei ihnen Mitglied werden wolle. Ich wählte die SVP, hätte aber gerade so gut in die FDP eintreten können. Politisch gab es damals kaum Unterschiede, bei der SVP waren einfach die lustigeren Leute. Die Differenzen begannen Ende der 80er Jahre, als die Frage nach der Unabhängigkeit der

Schweiz immer wichtiger wurde. Erst da haben wir uns auseinandergeliebt – dann aber tüchtig.

Am tüchtigsten in der Europafrage.

Kielholz: Nicht nur. Bei der Migrationspolitik und bei verschiedenen gesellschaftspolitischen Fragen bin ich auch nicht auf SVP-Linie. Im Vergleich bin ich wahrscheinlich schon fast progressiv.

Blocher: In der Migrationspolitik waren sich SVP und FDP bis in die 90er Jahre einig. Ihr Parteikollege, Herr Kielholz, der ehemalige Direktor des Wirtschaftsdachverbands Vorort, Gerhard Winterberger, hat damals schon gesagt, die Personenfreizügigkeit bedeute «den Anfang des Untergangs der Schweizerischen Eidgenossenschaft». Heute predigt ihr das Gegenteil. 1989 – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – verloren führende Politiker, Wirtschaftsleute, viele Gebildete völlig den Kopf: Landesgrenzen und Kriege werde es in Zukunft nicht mehr geben. Jacques Delors, der schlaue Präsident der Europäischen Kommission, witterte seine Chance, die Schweiz in die EU zu führen. Zunächst mit dem Europäischen Wirtschaftsraum als Vorstufe zu einem EU-Beitritt.

Gegen einen EWR-Beitritt hatten auch Sie nichts einzuwenden.

Blocher: Der Bundesrat beschloss anfänglich, einen EWR-Beitritt gebe es nur mit einem Vetorecht. Das fanden wir noch knapp akzeptabel. Doch das Vetorecht wurde dann in der Schlussverhandlung stillschweigend fallengelassen. FDP und CVP beschliessen, nicht nur dem EWR, sondern auch der EU beizutreten. Heute ist Herr Kielholz wahrscheinlich noch der einzige, der dazu steht und in die EU will.

Wollen Sie in die EU, Herr Kielholz?

Kielholz: Ich bin mittlerweile zum Gegner eines EU-Beitritts geworden. Die Dinge haben sich vor allem seit dem Austritt der Briten nicht nur zum Guten entwickelt. Aber man darf nicht vergessen, dass der Fall des Eisernen Vorhangs 1989 die geopolitische Lage in Europa grundlegend verändert hat. Die EU hat gravierende Verwerfungen verhindert. Ohne den Staatenbund hätte nach der Wende der Zusammenbruch Europas gedroht.

Blocher: Wir bekämpfen nicht die EU. Aber die Schweiz darf nicht beitreten und sich nicht aufgeben, sonst verliert sie ihre Eigenständigkeit und ihre Erfolgsfaktoren, die nicht nur im Wirtschaftlichen liegen. Die EU ist eine Organisation, die von französischem Zentralismus und einer Verachtung für direktdemokratische Entscheide geprägt ist. Eine Mitgliedschaft dort wäre das Ende der föderalistischen, freiheitlichen Schweiz.

Kielholz: Bei der Entwicklung der EU aus der EWG hat sich das napoleonische Modell gegenüber einem föderalistischen durchgesetzt. Die heutige zentralistische Funktionsweise ist tatsächlich eine sehr französische Konstruktion. Sie baut auf einem Verständnis, das demjenigen jeden Schweizer diametral entgegensteht. Wir – bei mir ist das jedenfalls so – sind ja dem Staat gegenüber grundsätzlich misstrauisch. Aber in Frankreich ist das anders.

Blocher: Dass die Schweiz so erfolgreich ist, hat viel mit ihrer Struktur zu tun. Ich habe auch noch

nie einen getroffen, der gesagt hat: «Ihr chliine Cheibe. Ihr sind ja nöd emol i dr EU.» Die Neutralität preisgeben? Die Schweiz würde nicht nur untergehen, sondern verrecken.

Haben sich die Schweizer Strukturen bewährt, Herr Kielholz?

Kielholz: Die vergangenen 30 Jahre sind geprägt durch eine Auseinandersetzung zwischen dem Standpunkt der SVP und demjenigen der anderen Parteien. Druck und Gegendruck haben dazu geführt, dass wir gute Lösungen erarbeiten konnten, zum Beispiel die bilateralen Verträge.

Sie sind der SVP dankbar für ihre Opposition gegen den EWR in den 1990er Jahren?

Kielholz: Etwa so dankbar wie ich als Fan des FC Zürich dem FC Basel bin. Reibung ist grundsätzlich richtig. Wenn ich der SVP für etwas dankbar bin, dann dafür, dass sie mit ihrer Politik radikalere Kräfte zur Rechten eingebunden hat.

Mit der Begrenzungsinitiative, über die wir am 27. September abstimmen, will die SVP faktisch die Personenfreizügigkeit abschaffen.

Kielholz: Ich sehe die Personenfreizügigkeit überhaupt nicht so negativ wie Herr Blocher. Wir haben eine Demographie der grauen Haare. Die Covid-Krise hat uns auch deshalb so stark getroffen, weil das Durchschnittsalter so hoch ist. Wir müssen neue Arbeitskräfte ins Land holen können.

Blocher: Gegen Arbeitskräfte, die wir dringend brauchen, hat niemand etwas. Woher sollen wir unsere Ingenieure und Chemiker denn hernehmen, wenn an den hiesigen Universitäten lauter Soziologen und Politologen ausgebildet werden? Aber heute kommen Krethi und Plethi.

Das Saisonierstatut ist Geschichte.

Blocher: Die Schwarzenbach-Initiative wäre Anfang der 70er Jahre fast angenommen worden, weil die Schweiz bis zu diesem Zeitpunkt faktisch die Personenfreizügigkeit hatte. Ich begleitete als Protokollführer den Ems-Eigentümer Oswald, den Industriellen René Bühler und SGB-Präsident Alfred Schaefer, die beim Bundesrat vorsprachen, um eine Begrenzung der Einwanderung zu erreichen. Dies übrigens dem Land zuliebe und gegen die eigenen Interessen. Bundesrat und Parlament handelten und schufen ein neues Ausländergesetz, das sich bis 2007 bewährte. Seither haben wir nun die Personenfreizügigkeit. Das Volk hat die negativen Folgen schnell erkannt und 2014 der Zuwanderungsinitiative zugestimmt. Was ist dann passiert? Nichts. Parlament und Bundesrat haben die Bundesverfassung missachtet. Deshalb stimmen wir nun über die Begrenzungsinitiative ab.

Die Umfragen deuten auf ein Nein hin.

Blocher: Wenn Abstimmungsprognosen massgebend wären, wären wir längst in der EU.

Kielholz: Allerdings ist das Problem auch bei einem Nein nicht vom Tisch. Der grosse Lohnunterschied zwischen der Schweiz und den EU-Ländern und die unterschiedliche Beschäftigungslage werden das Problem noch verschärfen.

Was schlagen Sie vor?

Kielholz: Wir sollten Verbündete unter den europäischen Staaten suchen, die die uneingeschränkte Zuwanderung auch mehr und mehr als Problem wahrnehmen und sie deshalb be-

schränken wollen. Das Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU enthielt ja ursprünglich eine Ventilklausel, die der Bundesrat auch aktivierte. Sie war aber zeitlich beschränkt und lief für Rumänien und Bulgarien Ende Mai 2019 aus.

Da schwingt Bedauern mit. Plädieren Sie für Nachverhandeln?

Kielholz: Ich plädiere dafür, dass die Schweiz nicht so tut, als wäre sie alleine mit diesem Problem. Die Zuwanderung beschäftigt auch andere Länder. In England war sie ein Grund für den Brexit. Nun diskutieren auch die Franzosen darüber, ob sie eine Begrenzung durchsetzen wollen, und in den osteuropäischen Ländern ist sie längst ein Thema. Wieso machen sich diese Länder nicht gemeinsam für eine Ventilklausel stark?

Die EU will die Personenfreizügigkeit nicht verhandeln.

Kielholz: In der EU gilt das Dogma gemeinsamer Markt gleich Personenfreizügigkeit gleich Kapitalfreizügigkeit gleich Warenfreizügigkeit. Man ist überzeugt, dass es nur einen freien Markt geben kann, wenn Waren und Personen frei zirkulieren können. Dieses Dogma stammt

«Mit dem Bruder schloss ich eine Wette ab: Wenn ich Knecht werde, zahlst du eine Schoggi, andernfalls ich. Ich habe bezahlt.» Blocher

noch aus der Zeit von Delors, aber es hat überlebt und wird heute auch gegenüber den Briten durchgesetzt.

Blocher: Ein Unsinn, an dem alle Parteien ausser der SVP bis heute festhalten. Der grosse liberale Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman erklärte, man könne alles liberalisieren, nur Personen nicht. Es sei denn, man schaffe überall auf der Welt die gleichen sozialen Bedingungen.

Kielholz: Ich habe einmal Pascal Lamy, den damaligen Direktor der WTO, gefragt, was er eigentlich an der Schweiz bewundere. Lamy war ein typischer französischer Bürokrat. Ein Sozialist, hochgescheit. Ihn beeindruckte, dass die Schweiz eine handelspolitische Schlagkraft hatte, die weit über ihrem Kampfgewicht lag. Diese Stärke könnten die Schweizer doch nutzen, um ihre Interessen resolut zu vertreten.

Blocher: Stimmt. Das gilt aber nur so lange, wie die Schweiz ein selbständiges Land ist und sich nicht mit einem Kolonialvertrag an die Europäische Union anbinden will und nur solange sie neutral bleibt. Warum wollen Sie das ändern? Die Sozialisten sind mit ihren EU-Beitrittszielen ja entschuldigt, die waren ja schon immer Internationalisten. Aber was ist mit dem Freisinn los? Man gibt doch fundamentale Grundsätze nicht einfach so auf!

Sind Sie ein Internationalist, Herr Kielholz?

Kielholz: Ich habe jedenfalls eine andere Sicht als Herr Blocher. Wir hatten in den letzten zehn, zwanzig Jahren keine schlechte Einwanderungspolitik.

Blocher: Aber seit 2007 hat die Schweiz die grösste Zuwanderung aller Industrieländer! Eine Million

mehr in den vergangenen 13 Jahren! Die unbegrenzte Zuwanderung wird böse Folgen haben für das Land. Zu viel ist zu viel. Das sieht der Verwaltungsratspräsident einer Rückversicherung vielleicht anders als gewöhnliche Bürger. Doch mittlerweile geht es ja schon in der EU los. Der französische Präsident Emmanuel Macron will nicht nur die Einwanderung aus Drittstaaten beschränken, sondern auch jene aus den EU-Ländern. Und für uns soll das nicht gelten?

Kielholz: Das habe ich ja vorhin gesagt. Es gibt Länder, die gewaltige Probleme haben. Die grossen Flächenstaaten – Deutschland allen voran – haben bei diesem Thema Beisshemmung. Doch der Druck steigt. Die EU muss differenziertere Lösungen für diese Wanderungsbewegungen finden.

Blocher: Bis jetzt gibt es keine Anzeichen. Das institutionelle Abkommen wird alles noch verschlimmern.

Sie glauben an ein Ja zum institutionellen Abkommen?

Blocher: In Bern glaubt jedenfalls niemand mehr daran.

Sie, Herr Kielholz?

Kielholz: Ich bin skeptisch. Dabei wäre ein Rahmenabkommen durchaus der richtige Weg, wenn aus Schweizer Sicht gewisse rote Linien eingehalten werden.

Also doch nachverhandeln?

Kielholz: Wieso schliesst man ein solches Abkommen nicht für einen zeitlich befristeten Horizont von vielleicht fünf Jahren ab und zieht dann Bilanz? Nach Ablauf der Zeit gehen wir über die Bücher und stimmen noch einmal ab.

Ein Rahmenabkommen auf Probe?

Kielholz: Jeder Vertrag ist befristet. Wir sollten den Mut haben, das Rahmenabkommen auszuprobieren. Das hiesse, pragmatisch zu handeln, nicht ideologisch.

Blenden wir noch etwas zurück. Sie sind als Sohn eines Schneidermeisters in der Stadt Zürich aufgewachsen. Sie, Christoph Blocher, als Sohn eines Pfarrers in Laufen am Rheinfall. Wie hat Sie Ihre Herkunft geprägt?

Kielholz: Ich bin in einem zutiefst liberalen Milieu aufgewachsen. Mein Vater war ein überzeugtes Mitglied der Demokraten, die sich dann in fast allen Kantonen mit den Freisinnigen zusammenschlossen. Weil er im Vorstand des Gewerbeverbandes war, gingen die Verbandsbüffel bei uns aus und ein und diskutierten über Politik und Wirtschaft. Ich durfte jeweils zuhören.

Woran erinnern Sie sich?

Kielholz: An die engagierten Auseinandersetzungen. Die Herren waren sich eigentlich nur in ihrer gemeinsamen Abneigung gegen Gottlieb Duttweiler und die Migros einig. Aus Gewerblersicht war Lenin ein Heiliger gegen Duttweiler. Dabei war er in wirtschaftspolitischen Fragen der einzige Liberale weit und breit.

Was war Ihr erster Berufswunsch?

Kielholz: Ich wollte Diplomat werden, was mein Vater zu einem Lachanfall brachte.

Warum?

Blocher: Wohl zu direkt.

Kielholz: Zu wenig diplomatisch. Dann habe ich mir überlegt, ob nicht Hoteldirektor etwas für

mich wäre, worauf mein Vater sagte: «Du verwechselst wohl den Vorder- mit dem Hintereingang im Hotel.»

Und wie war es bei Ihnen, Herr Blocher?

Blocher: Woher habe ich das? Ich weiss es einfach nicht. Ich bin das siebte von elf Kindern. Ich wollte schon als Bub Bauer werden. Der Vater sagte, das gehe nicht ohne Hof und er könne mir auch keinen kaufen. Meine Antwort war: Dann werde ich halt Knecht. Mit meinem älteren Bruder habe ich eine Wette abgeschlossen: «Wenn ich Knecht werde, zahlst du eine Schoggi, andernfalls ich.» Ich habe bezahlt. Ich habe nach einer landwirtschaftlichen Lehre die landwirtschaftliche Schule besucht. Der Direktor empfahl mir, Agronomie zu studieren. Ich entschied mich dann aber für Jus, weil ich mir damals schon sagte, so kompliziert wie die Agrarpolitik ist, müsstest du eigentlich Bauer und Jurist sein.

Und dann?

Blocher: Ich wurde Werkstudent, habe von acht Uhr abends bis um ein Uhr am Morgen in der Sihlpost gearbeitet. Nach dem Lizentiat habe ich geheiratet. Da hat mir der Chef der Ems, Werner Oswald, den ich über seine Söhne kannte, eine Halbtagsstelle im Rechtsdienst angeboten. Das passte mir, denn ich musste noch doktorieren. Ich verstand ja nichts von Wirtschaft. Ich hatte zwar eine Prüfung in Aktienrecht gemacht, aber noch nie eine Aktie in der Hand gehalten. Jedenfalls hat mich die wirtschaftliche Tätigkeit dann gepackt, obwohl ich zu Hause weder von der Wirtschaft noch von der Politik viel mitbekommen habe. Es kam alles anders – aber es hat sich so ergeben.

Kielholz: Aber der Pfarrer war damals in der Gemeinde natürlich schon eine politische Figur.

Blocher: Ich bin meinen Eltern dankbar für ihre gute religiöse Auffassung und Tiefgründigkeit. Wir waren alles andere als Frömmeler, aber ich habe ein gesundes Gottvertrauen mitbekommen. Das ist hilfreich. Mein Götti war auch Pfarrer. Der hat mir bei jedem Besuch eine Migros-Schokolade mitgebracht mit «bhüeti Gott min Götti-bueb». Wir haben nebenaussen gewohnt. Weite Wege zum Einkaufen. Als der Migros-Wagen plötzlich vor dem Haus hielt, war das für meine Mutter eine grosse Erleichterung.

Kielholz: Ich bin auf dem Waidberg aufgewachsen. Der Migros-Wagen hielt genau vor unserer Haustür, aber meine Mutter durfte dort nie etwas kaufen – als Frau eines Gewerblers.

Sind Sie auch ein Zwinglianer, Herr Kielholz?

Kielholz: Ich komme aus einem sehr protestantischen Haushalt. Meine Mutter war allerdings eine Italienerin, die in dritter Generation hier lebte. Ihre Familie kam Mitte des 19. Jahrhunderts vom Veneto in die Schweiz. Sie waren gut ausgebildete, deutschsprechende Mechaniker, die als Ingenieure im Eisenbahnbau Arbeit fanden. Als meine Mutter einen Protestanten heiratete, drohten ihr eifrige Priester mit dem Fegefeuer. Danach hat sie ihr Leben lang nie mehr einen Schritt in eine katholische Kirche gesetzt. Nicht einmal in den Dom von Florenz.

Sie beide kommen aus typischen Schweizer Verhältnissen, haben hier studiert, die Offizierslaufbahn eingeschlagen und Karriere in der Wirtschaft gemacht. Genügen solche Machtnetze heute noch?

Kielholz: Machtnetz – das tönt jetzt ein bisschen pathetisch. Aber wir haben schon ein gutes Beziehungs- und Informationsnetz: national und international.

Anders gefragt: Kann ein internationaler Manager in der Schweiz erfolgreich ein Unternehmen führen?

Blocher: Einen internationalen Pharmakonzern mit noch fünf Prozent Tätigkeit in der Schweiz – warum nicht? Aber bei einer rein schweizerischen Firma wird es schwieriger. Ein ausländischer Roche-Manager sagte mir einmal: «Unmöglich, diese Schweiz. Was habt ihr für eine Gemeindeautonomie? Die Landesregierung findet ein Projekt gut, die Kantonsregierung auch, aber dann kommt die lokale Baukommission und verhindert alles.» Deshalb würde ich den Wert von Machtnetzen hinterfragen. In der Schweiz ist es gute Tradition, international zu denken und lokal zu handeln. In der Politik tun sie heute leider oft das Gegenteil: Sie denken lokal und handeln grossspurig international.

Haben Sie mit Sergio Ermotti bewusst einen Schweizer als Ihren Nachfolger bei der Swiss Re geholt, Herr Kielholz?

Kielholz: Bei uns galt eigentlich seit je, dass entweder der CEO oder der Verwaltungsratspräsident Wurzeln in der Schweiz haben sollte. Jetzt haben wir mit Christian Mumenthaler einen sehr verankerten Mann. Deshalb hätte es auch einen Ausländer an der Spitze des Verwaltungsrates vertragen. Ich habe einige internationale Manager angestellt und gemischte Erfahrungen gemacht. Einer wollte gleich das Lehrlingswesen abschaffen.

«Die SP ist im Kreis 7 fast gleichauf mit der FDP. Die Erben des Geldes wollen nur noch Velo fahren und die Welt retten.» Kielholz

Blocher: Unsere Berufsbildung ist etwas vom Besten, aber für die meisten Ausländer unverständlich.

Kielholz: Er wusste gar nicht, was ein Lehrling macht. Der dachte, das seien die, die mit dem Schraubenzieher alles flicken, ohne etwas von der Sache zu verstehen. Ich sagte ihm: «Du schaffst hier gar nichts ab.» Wenn ein CEO kein Schweizer ist, muss er zuhören können. Bei der Swiss Re hatten wir hundert Jahre nur Ausländer an der operativen Spitze und Schweizer als Verwaltungsratspräsidenten. Der erste Konzernchef war ein Deutscher. Bereits im ersten halben Jahr musste er einen grossen Schaden zahlen. Danach hat er sich das Leben genommen.

Blocher: Das Leben genommen wegen eines Verlustes? Wenigstens hatte er Charakter. Heute kassieren sie bei einem Verlust noch einen Bonus!

Kielholz: Die Verwaltungsräte gingen dann zu den drei jüdischen Brüdern aus Triest, die ursprünglich die Idee der Rückversicherung gehabt und zur gleichen Zeit die Assicurazioni Generali gegründet hatten. Die Verwaltungsräte sagten ihnen: «Jetzt schickt gopferdori eine

verbi, der das in Ordnung bringt.» Also kam einer der Brüder, Josef Besso, und der war dann 15 Jahre Geschäftsführer der Schweizer Rück. Danach ging er zurück nach Triest. Auf seinem Grabstein steht: Giuseppe Besso, cittadino svizzero. Er hat sich eingelassen auf das Land. Oswald Grübel ist auch so ein Beispiel. Dann gab es andere, wie vielleicht CS-Chef Tidjane Thiam. Der sah den Job vielleicht eher als Warteposition für etwas noch Grösseres.

Braucht es für ein Kreditssystem, wie es Ueli Maurer im Zuge der Corona-Pandemie mit den Grossbanken aufgezogen hat, Schweizer an der Spitze?

Blocher: Bei den Banken nicht, das hätte auch ein Ausländer gekonnt. Beim Staat schon.

Kielholz: Da hat auch die Bankiervereinigung eine wichtige Rolle gespielt. Direktor Jörg Gasser und Präsident Herbert Scheidt wussten, wie sich so etwas umsetzen lässt. Das waren nicht nur CS und UBS.

Blocher: Das ist der Vorteil kleinräumiger Verhältnisse: Man hat den Überblick. Doch der Filz ist nie weit weg. Ich habe das in der Affäre Hildebrand erlebt. Es ist doch selbstverständlich, dass der Präsident der Nationalbank für sich persönlich keine Währungsgeschäfte machen darf. Das ist für einen Staat existentiell. Aber es gab Leute aus dem Filz, die dieses Treiben geschützt und mich wegen meiner Kritik verdammt haben. Wenn einer in einem einflussreichen Netz hängt, in einem einflussreichen Rotary-Club, in einer Zunft und in ausländischen Foren sitzt, wird er geschützt.

Nach Ihrer Anklageschrift gegen den FDP-Filz, die Sie 2001 im «Tages-Anzeiger» veröffentlichten, haben Sie das Machtnetz ja erfolgreich auseinandergerissen.

Blocher: Das war eigentlich nicht das Ziel meiner Arbeit. Ich wollte nur das Schädliche verhindern.

In welchem Zustand sehen Sie die FDP heute?

Blocher: In einem schwierigen.

Was würden Sie der Partei raten?

Blocher: Es ist nicht meine Aufgabe, der FDP etwas zu raten. Wir haben in der eigenen Partei genug zu tun.

Kielholz: Nachdem die SVP die ganzen Parteien am rechten Rand aufgesogen hatte, rückte sie nach rechts, womit der Freisinn automatisch in die Mitte wanderte. Ursprünglich hatte die FDP gehofft, Mittekräfte wie den Landesring, der sich aufgelöst hatte, übernehmen zu können. Doch das passierte nicht. Das urbane Milieu fragmentierte sich stark. Da gab es plötzlich die Grünen, die Grünliberalen, die BDP und auch alle Roten und die noch Rötteren ...

Blocher: ...die Grünliberalen, die Rotliberalen – Hauptsache liberal.

Kielholz: Heute behaupten sogar die Sozialdemokraten, sie seien liberal. Ich dachte erst, die machen einen Witz.

In den Städten haben die Bürgerlichen heute einen schweren Stand.

Kielholz: In der Stadt Zürich ist es tatsächlich himmeltraurig, was die Bürgerlichen noch zustande bringen. Was machen wir denn noch? Wir protestieren gegen Velowege. Die SP ist im Kreis 7 praktisch gleichauf mit der FDP. Die Erben des ganzen Geldes wollen nur noch Velo fahren und die Welt retten.

Blocher: Die gute wirtschaftliche Zeit fördert nicht gerade unabhängige und selbständige Menschen. Die immer zahlreicher auftretenden Berufspolitiker schaden dem Milizamt. Man könnte die Sache durchaus so organisieren, dass ein Nationalratsmandat nicht mehr als einen Drittel der Arbeitszeit ausmacht.

Kielholz: Heute hat ein Parlamentarier meistens mehrere Hunderttausend Franken Einkommen, wenn man die Einkünfte aus allen Nebenämtern zusammenzählt. Deshalb gibt es viele Sesselkleber, denn viele können nicht einfach in die Privatwirtschaft zurück.

Blocher: Nein, Berufspolitiker kann man nicht mehr brauchen.

Sie haben Ihre Bundesratsrente bezogen und den Schritt damit begründet, dass Sie bald 80 werden. Ziehen Sie sich aus der Politik zurück?

Blocher: Ich bin mehr als auf dem Rückzug.

Noch im April haben Sie ein Strategiepapier für die Partei geschrieben.

Blocher: Mitgeschrieben – jedes Parteimitglied kann dies tun. Die Fraktion hat diese Fassung einstimmig genehmigt.

Sie sind trotzdem präsent.

Blocher: Wenn einer zu mir kommt und um Rat fragt, bin ich da – solange ich lebe.

Bereuen Sie etwas in Ihrem Leben?

Blocher: Ich bereue, dass ich mit 80 Jahren nicht mehr grosse, notwendige Projekte in Angriff nehmen kann: eben eine Initiative, die ein Berufsparlament ausschliesst. Wäre ich 20 Jahre jünger, würde ich es wagen. Nun müssen es andere tun.

Herr Kielholz, Sie werden 70, was haben Sie noch vor?

Kielholz: Ich bin nicht unfroh, dass ich jetzt zurücktreten kann. Wenn ich all die grossen und grösseren Krisen in den vergangenen 40 Jahren zusammenzähle, dann ist die gegenwärtige fast etwas zu viel.

Gemeinsam mit Ihrer Frau waren Sie für kurze Zeit Galerist. Würde Sie das wieder reizen?

Kielholz: Nein, es wurde mir nach einem Jahr langweilig.

Blocher: Die Kunst ist ein Berührungspunkt zwischen uns.

Sie sind Kunstsammler, Herr Kielholz ist der Präsident der Zürcher Kunsthausgesellschaft.

Blocher: Ich schenke meine Bilder nicht dem Staat, und ich mache auch keine Stiftung.

Kielholz: Das Kunsthaus ist übrigens privat, nicht staatlich. Und es wäre schon interessant, einmal wieder eine ganz grosse Hodler-Ausstellung zu machen.

Blocher: Da können Sie auf mich zählen. Beim Ausleihen bin ich grosszügig. Meine Bilder finden Sie auf der ganzen Welt in Ausstellungen.

Herr Kielholz, bereuen Sie etwas im Leben?

Kielholz: Natürlich habe ich immer mal wieder Fehler gemacht, Entwicklungen nicht richtig eingeschätzt. Wenn man etwas macht, macht man Fehler. Aber wenn man nichts macht, macht man keinen und ist trotzdem am Schluss verbittert, weil man es immer besser gewusst hätte, nur interessierte es niemanden. Ich hätte mir mit 20 nicht träumen lassen, so ein interessantes Leben zu haben.